Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 329. Freitag den 25. November 1881. 75. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Zur Ergänzung des mit dem 2. Januar 1882 ausscheidenden Drittheils der Herren Stadtverordneten, ingleichen zur Wiederbesetzung einer davon bereits durch Tod erledigten Stelle, ist die gesetzliche Neuwahl zu veranstalten.

Die deshalb angefertigte und in Druck gegebene Wahlliste liegt vom 21. November bis mit 5. December in folgenden Geschäftslocalen, deren Inhaber sich der mit der Auflegung und Aushändigung verbundenen Mühwaltung mit dankenswerther Bereitwilligkeit unterzogen haben, als:

bei Herren **Grünthal & Parthey,** Tauchaer Str. 11,
**J. R. Wittmann,** Dresdner Straße 38,
**Gustav Zehler,** Sternwartenstraße 34,
**Gustav Geißler,** Windmühlenstraße 17,
**Franz Wittich,** Windmühlenstraße 51,
**Ernst Rothenburg,** Windmühlenstraße 8,
**B. H. Leutemann,** Windmühlenstraße 38,
**Hermann Meerstedt,** Körnerstraße 18,
**Carl Todt,** Münzgasse 5,
**August Kühn,** Dorotheenstraße 6,
**August Thärigen,** Ranstädter Steinweg 13,
**Julius Hoffmann,** Petersteinweg 3,
**Carl Golzsch,** Gerberstraße 61,
**Gustav Juckuff,** Hainstraße 18,
**E. F. Schubert Nachf.,** Brühl 61,
**Gustav Rus,** Grimmaische Straße 16,
**Albert Anderl,** Grimmaische Straße 6,
**Hahn & Scheibe,** Peterstraße 36,
**Oskar Herbst,** Südstraße 19,

aus und wird vom 21. November ab auf Verlangen nicht nur in diesen Geschäftslocalen, sondern auch im Rathhause, 1. Stock, in der Rathsmantiatur den Stimmberechtigten in je einem Exemplare ausgehändigt.

Bis zu Ende des **siebenten** Tages nach Bekanntmachung und Beginn der Auflegung, also bis mit Montag, den 28. November d. J., Nachmittags 6 Uhr, steht jedem Betheiligten frei, gegen die Wahlliste bei dem unterzeichneten Rathe Einspruch zu erheben, über welchen dann binnen der nächsten sieben Tage Entschließung gefaßt und dem Einsprechenden eröffnet werden wird. Nach Ablauf obiger 14 Tage wird die Wahlliste geschlossen und ist den zu diesem Zeitpuncte etwa noch nicht erledigten Einsprüchen für die bevorstehende Wahl keine weitere Folge zu geben; auch können Bürger, welche in der geschlossenen Liste nicht eingetragen sind, an der Wahl nicht Theil nehmen.

Die **Wahl** selbst ist direct und hat jeder Abstimmende 10 ansässige und 10 unansässige Bürger zu ernählen; sie erfolgt durch Stimmzettel, welche bei der Abgabe uneröffnet in ein verschlossenes Behältniß einzulegen sind. Auf denselben sind die zu Wählenden so zu bezeichnen, daß über deren Personen kein Zweifel übrig bleibt. Insoweit Stimmzettel dieser Vorschrift nicht entsprechen, oder Namen Nichtwählbarer enthalten, sind dieselben ungiltig. Werden zu viele oder zu wenige Namen, also die Namen von mehr oder weniger Hausbesitzern und Unansässigen, als oben angegeben, auf einem Stimmzettel gefunden, so wird hierdurch zwar die Giltigkeit desselben nicht aufgehoben, es sind aber die überzähligen Namen als nicht vorhanden anzusehen.

Die Stimmzettel sind an einem der hierzu festgesetzten drei Wahltage,

**den 8., 9. und 10. December a. c.,**

in den Vormittagsstunden von 9—12½ Uhr, oder in den Nachmittagsstunden von 3—6 Uhr **in dem Parterresaale der Buchhändlerbörse** vor dem Wahlausschusse von den Abstimmenden **in Person** bei Verlust des Stimmrechtes für diese Wahl abzugeben und wäre es im Interesse einer raschen Abfertigung sehr wünschenswerth,

1) wenn vorzugsweise die zwei ersteren Tage von allen Wählern, denen dieselben irgend passen, zur Stimmabgabe benutzt würden, da außerdem erfahrungsmäßig immer am letzten Tage ein allzu großer, die Abfertigung verzögernder Andrang zu den Stimmkästen stattfindet, und
2) wenn jeder Wähler an der Urne die seinem Namen in der Wahlliste vorausstehende Listennummer angeben wollte.

Nach Auszählung der Stimmzettel werden die Gewählten durch den Wahlausschuß von der Wahl benachrichtigt.

Leipzig, den 17. November 1881.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Nigsche.

### Bekanntmachung.

Um festzustellen, inwieweit die von hiesigen Gast- und Schankwirthen gebrauchten pneumatischen Bierdruckapparate in Bezug auf Construction, Ausrüstung und Aufstellung den Vorschriften des ortspolizeilichen Regulativs, die Einrichtung und Reinhaltung der pneumatischen Bierdruckapparate in Leipzig betreffend, vom 24. Juni 1881 entsprechen, soll ein mit dem erforderlichen Sachverständniß ausgestatteter und sonst vertrauenswürdiger Mann mit einem monatlichen Gehalt von 150 Mark gegen 14tägige Kündigung angestellt werden. Mechaniker, Klempner, Schlosser, Kupferschmiede und ähnliche Professionisten, welche sich dieser Function gewachsen fühlen, die aber nicht selbstständig mit der Herstellung von Bierdruckapparaten sich beschäftigen dürfen, werden daher aufgefordert, etwaige Bewerbungen um diese vorübergehende Anstellung innerhalb der nächsten 14 Tage schriftlich hier anzubringen.

Leipzig, am 22. November 1881.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Kretschmer.

### Bekanntmachung.

Die von uns am 10. dieses Monats zur **anderweiten Vermiethung versteigerten Localitäten** der hiesigen **Burgkeller-Restauration** nebst **Zubehör** sind dem **Höchstbieter zugeschlagen** worden und **entlassen** wir daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die **übrigen Bieter hiermit** ihrer **Gebote.**

Leipzig, den 19. November 1881.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Stty.

---

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassenquittungsbuches Serie I, Nr. 37,472 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen 3 Monaten und längstens am 26. Februar 1882 zur Nachweisung seines Rechtes, bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Belohnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Ansprüche der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, am 24. November 1881.

**Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.**

### Bekanntmachung.

Der am 16. August a. c. verstorbene Rittergutsbesitzer Herr **Otto Friedrich Ferdinand von Posern** auf **Oelzschau** hat der hiesigen Armencasse letztwillig ein Vermächtniß von

**Sechstausend Mark**

ausgesetzt.

Für diesen Beweis hochherziger Gesinnung und Mildthätigkeit fühlen wir uns gedrungen, dem Verewigten unsern innigsten Dank in das Jenseits nachzurufen.

Leipzig, den 21. November 1881.

**Das Armen-Directorium.**
Ludwig-Wolf. J.

### Bekanntmachung.

**Die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Wendler'sche Freischule betreffend.**

Diejenigen Eltern und Vormünder, welche für Ostern 1882 um Aufnahme ihrer Kinder und Pflegebefohlenen in die Wendler'sche Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben sich entweder am **Dienstag, den 29. d. M. 2 Uhr,** oder am **Freitag, den 2. Decbr. 2 Uhr** in der **Freischule, Zöllnerstraße 6,** persönlich mit den Kindern einzufinden und zugleich Tauf- und Impfschein des Kindes vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche in der Zeit vom 1. Juli 1875 bis zum 30. Juni 1876 geboren wurden. Kinder, welche schon Schulunterricht genossen haben, können nur, soweit Raum noch vorhanden ist, in einer oberen Classe der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, 19. November 1881.

**Das Directorium der Wendler'schen Stiftung.**

### Den Handelsverkehr mit Australien betr.

Herr **M. J. Babie** wird in der Zeit vom 23. bis 26 d. M. jeden Vormittag von 9 bis 12 Uhr auf unserem Bureau, Neumarkt 19, I., zu sprechen sein, um auf Fragen, welche den Handelsverkehr mit Australien betreffen, **Auskunft** zu ertheilen.

Leipzig, den 22. November 1881.

**Die Handelskammer.**
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

## Nichtamtlicher Theil.

### Deutsche in Ungarn.

Obwohl eine deutsche Dynastie über Oesterreich-Ungarn herrscht, obwohl neun Millionen sechsmal hundert Tausend Deutsche in diesem gesegneten Lande wohnen, welchen die Monarchie ihren Wohlstand, ihre Gesittung, ja ihre Machtstellung in Europa verdankt — die planmäßige Unterdrückung des Deutschthums von Wien und Pest aus mit Hilfe einer hier rein magyarisch, dort slavisch-föderalistisch organisirten Regierung ist eine Thatsache, welche überall Umwillen hervorruft, so weit die deutsche Zunge klingt.

Die Zustände in Ungarn spotten bereits jeder Beschreibung; man kann sich im weiten Deutschen Reiche kaum eine Vorstellung davon machen, mit welcher raffinirten Bosheit die Vollblut-Ungarn bei der Entnationalisirung, bei der Ausrottung des Deutschthums zu Werke gehen, und mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten auch die natürlichsten, die gerechtesten, seit Jahrhunderten geheiligten Bestrebungen die Deutschen in Ungarn zu kämpfen haben. Gegenüber keiner der verschiedenen Nationalitäten Ungarns verfährt die Pester Regierung rauher, rücksichtsloser und himmelschreiend ungerechter als gegen die friedlichen, arbeitsamen und in jeder Beziehung fortgeschrittenen Deutschen. Es mag dies seinen Grund darin haben, daß die übrigen Nationalitäten eine größere Widerstandsfähigkeit gegen die Magyarisirung an den Tag legen als die Deutschen, die nur zu oft der eigenen Kraft mißtrauen und das Beste vom Himmel erhoffen. Die ungarische Regierung mag Alles eher dulden, als daß man von einer deutschen Nationalität in Ungarn auch nur sprechen darf; obwohl die Deutschen in Ungarn mehr als zwei Millionen zählen und die wohlhabendste und fleißsamste Nationalität bilden, dasjenige Volksthum überhaupt, aus welchem sich vorzüglich die Intelligenz der Magyaren, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein kann — recrutirt. Daher der Haß gegen Alles was deutsch heißt, daher das unerhörte Bestreben der ungarischen Regierung, gerade diese Nationalität am meisten zu unterdrücken, um sie desto sicherer in die Arme des nimmersatten Magyarenthums zu treiben.

Aber hier und da trifft man doch noch in Ungarn ein reges nationales Gefühl bei den angesessenen Deutschen, und es ist ergreifend, wie diese schlichten und tüchtigen Leute für die Erhaltung ihres deutschen Wesens, ihrer Sprache und Gesittung eintreten. Der „Allgemeinen Zeitung" wird darüber ein rührendes Beispiel berichtet. Um sowohl die Deutschen als die Serben zu magyarisiren, errichtete die ungarische Regierung in Neusatz neben dem bestehenden confessionellen serbischen Gymnasium ein ungarisches Staatsgymnasium. Die ungarischen Lehrer an diesem Gymnasium hatten gleich anfangs nichts Besseres zu thun, als sich über alles Deutsche lustig zu machen, alles Deutsche zu verunglimpfen. Endlich rafften sich aber die Deutschen auf und wollten ihre Kinder nicht mehr ins ungarische Gymnasium schicken, wo sie kein deutsches Wort, wohl aber elende Schimpfreden über die Deutschen zu hören bekommen. Sie beschlossen daher, in Neusatz eine deutsche Gewerbeschule mit deutscher Vortragssprache zu errichten. Diese schlichten Leute — es sind meist arme Gewerbsleute — haben mit ihren Sparpfennigen einen Fonds zusammengeschossen, aus welchem diese Gewerbeschule erhalten werden sollte. Aber welchen Schwierigkeiten begegneten sie bei der ungarischen Regierung! Ueber zwei Jahre dauerte es, bis sich die ungarische Regierung entschlossen hat, die Errichtung dieser deutschen Gewerbeschule zu bewilligen, und dann wieder mit vielfachen Clauseln, unter welchen die Kenntniß der ungarischen Sprache von Seiten der Lehrer an erster Stelle vorkommt. — Ist es nicht unerhört, einem strebsamen Volke selbst die Mittel zur Förderung seiner Bildung zu erschweren? Fast scheint es, als betrachte Herr Tißza und die ihm blind ergebenen Werkzeuge seiner deutschfeindlichen Regierung die deutsche Cultur als einen Makel für Ungarn. Wie gelassen sieht man doch diesen Ungerechtigkeiten in Wien zu, obwohl eine hochentwickelte deutsche Presse daselbst sich der geknechteten Landsleute mit Muth und Thatkraft annimmt!

Dieses Prödchen ungarischer Regierungskunst sieht natürlich nicht vereinzelt da; alle Mittel und Wege sind der Pester Regierung gerecht, um ihre Zwecke durchzusetzen. Vor einigen Wochen war es das erste Mal, daß ein deutsches Blatt in Ungarn einen Preßproceß hatte. Wie aber ging Das zu? In Ungarn giebt es ein Dutzend deutscher Provinzblätter, die aber alle im Solde der ungarischen Regierung stehen. Es sind eben magyarische Blätter, die in deutscher Sprache geschrieben sind! Eine Ausnahme macht in neuester Zeit die in Neusatz erscheinende „Batsch-Bodroger Presse". Sie hatte zur Zeit der deutschen Theaterfrage in Pest einen sehr heftigen Artikel aus dem Berliner „Export" abgedruckt. Die ungarische Regierung besann sich lange, einem deutschen Blatte den Preßproceß zu machen, denn man sollte es nicht wissen, daß auch die Deutschen in Ungarn gleich den übrigen Nationalitäten Opposition machen. Endlich wurde aber nach einem Jahr doch der Preßproceß eingeleitet, und die Pester Jury verurtheilte den Redacteur Fuchs zu 14 Tagen Gefängniß und 100 Gulden Geldstrafe.

Daß die wenigen deutschgeschriebenen und dabei deutschgesinnten Blätter in Ungarn einen schweren Stand haben, um sich zu behaupten, ist, nach Allem was man aus dem Lande hört, nur allzu wahrscheinlich. Ein vortrefflich redigirtes und den Kampf gegen das andrängende Magyarenthum mit Muth, Geschick und Besonnenheit führendes Blatt ist das in Hermannstadt erscheinende „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt", das wir Denjenigen unserer Leser empfohlen haben möchten, die sich für unsere Landsleute in Ungarn warm interessiren und denen daran gelegen ist, den Culturkampf der Deutschen gegen die ungarische Gleichmacherei „von Staats wegen" eingehend zu verfolgen.

Die Aufgabe der deutschen Presse aber muß es sein, immer und immer wieder auf diese trostlosen Zustände in Ungarn hinzuweisen und dadurch unseren unglücklichen Stammesgenossen eine moralische Stütze zu gewähren; je einhelliger Dies geschieht, um so eher werden die ungarischen Machthaber zur Besinnung kommen und wenigstens zögern, mit weiteren, noch mehr drakonisch angehauchten Maßregeln gegen die Deutschen vorzugehen. Vielleicht daß die Ungarn dadurch auf die Majestät des neuen deutschen Reiches hingewiesen werden, das noch dazu die Ehre hat, der politische Bundesgenosse Oesterreich-Ungarns zu sein, und wenn immer nöthig mit dem Gewichte seines Ansehens für die Interessen des Nachbars einzutreten.

### Leipzig, 25. November.

Die „Provinzialcorrespondenz" läßt sich herbei, der nationalliberalen Partei große Lehren zu ertheilen. Sie beschäftigt sich in einem ihrer doctrinären Artikel, deren Ton der Bevormundung nachgerade den Wahlergebnissen gegenüber etwas naiv erscheint, mit der „gemäßigt liberalen Partei", indem sie hervorhebt, daß sich die nationalliberale Partei nach wie vor für den Mittelpunct und zutreffenden Ausdruck der ganzen liberalen Partei halte, während das Volk in den Wahlen ihre Partei und ihre Auffassung gerade am meisten verleugnet habe. Durch die Wahlen sei der Schwerpunct innerhalb der liberalen Partei nach links verrückt worden. Die conservativ-liberale Verbindung, auf welche sich in früheren Zeiten die Regierung stützen konnte, könne unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr als Grundlage einer Mehrheit behandelt werden, da die Gemäßigt-Liberalen auf kaum 40 Stimmen herabgesunken sind! Weiter heißt es wörtlich:

**Allerdings war es lange Zeit hindurch, seit der Beendigung des Conflicts und der Gründung des Norddeutschen Bundes, die Hoffnung der Regierung gewesen, aus den alten Conservativen, welche die Unterstützung der Krone Preußen auf den geschichtlichen Grundlagen von jeher als eine ihrer Hauptaufgaben erkannten, und den neuen Conservativen, welche die nationalen Einrichtungen in dem Geist und Sinn, der sie ins Leben gerufen, fortbilden wollten, immer mehr eine feste, zugleich staatserhaltende und im besten Sinne freisinnige Mehrheit zu bilden; aber auf diese Hoffnung hat sie zunächst verzichten müssen, als sie sah, daß die Bande, welche nach der geschichtlichen Entwickelung der letzten Jahrzehnte unsere tonangebenden Liberalen mit den Demokraten, den ewigen Feinden jeder gedeihlichen, zumal monarchischen Regierung, verbinden, noch zu stark sind, als daß die sogenannten „Gemäßigten" in entscheidenden Augenblicken dem unheilvollen Zuge zu dieser Gemeinschaft mit den fortschrittlichen Elementen widerstehen könnten.**

**An diesem Zuge nach links ist die nationalliberale Partei zu Grunde gegangen, sie ist in der „großen liberalen Partei" begraben, in welcher die Demokraten von 1878 das entscheidende Wort reden.**

**Wenn es wahr wäre, daß die Nationalliberalen in den Dingen, die der Regierung besonders am Herzen liegen, annähernd denselben Grundsätzen huldigen wie früher (was durch ihr parlamentarisches Verhalten freilich nicht erwiesen ist), so haben sie sich doch neuerdings durch die Verbindung mit den grundsätzlichen Gegnern der Regierung die Freiheit des Entschlusses und des Handelns sehr beschränkt und die Regierung wäre offenbar allzu vertrauensselig, wenn sie nach den gemachten Erfahrungen ihre Berechnungen der Zukunft auf die Freundschaft dieser angeblich „treuesten Freunde" gründen wollte.**

**Es wird den Nationalliberalen, wenn auch ein näheres Verhältniß derselben zur Regierung zur Zeit nicht mehr besteht, auch in der bevorstehenden Session, so beschränkt die nächsten Aufgaben nach Lage der Dinge sein mögen, nicht an Gelegenheit fehlen, mit der That zu zeigen, inwieweit der Reichskanzler trotz ihrer jetzigen Zugehörigkeit zur „großen liberalen Partei" an ihnen eine Stütze haben kann, und inwieweit sie im Stande sind, eine Einwirkung auf ihre Genossen zu üben; aber um ihretwillen aller anderen Unterstützung zu entsagen und sich von der „großen liberalen Partei", d. h. von den Demokraten, abhängig zu machen, dazu kann sich die Regierung nicht veranlaßt sehen.**

Die „Provinzial-Correspondenz" kann sich eben der Wahrnehmung nicht verschließen, daß Verhandlungen im Zuge sind, um die drei großen liberalen Gruppen einander zu nähern. Wie schon erwähnt, erklärte Dr. Karl Braun in Sagan als Bewerber um ein durch Forckenbeck's Ablehnung freigewordenes Mandat, daß Forckenbeck ihn bei den Wählern nur darum nicht persönlich einführen könne, weil Derselbe genöthigt gewesen sei, an Verhandlungen Theil zu nehmen, welche in Berlin behufs Verein igung der sämmtlichen liberalen Gruppen zu einer großen liberalen Partei an diesem Tage stattfinden. Mögen immerhin Verschiedenheiten der Auffassung innerhalb der liberalen Partei obwalten, so sind diese Unterschiede doch lange nicht so groß als diejenigen, welche die liberale Partei von den Conservativen und Ultramontanen scheiden. Und so hat die Partei Ursache, an das Wort zu denken: „Eintracht giebt Macht!" Sehr treffend bemerkt die „Kölnische Zeitung": „Da irgend ein Anlaß, ein den liberalen Parteien ungünstiges Ereigniß, welches sie wenigstens dem oberflächlichen Scheine nach bei der Krone und vor dem Lande ins Unrecht setzen könnte, vom Reichskanzler leicht zur Auflösung und Neuwahl benutzt werden kann, so gilt es für alle Liberalen: „Mäßigung und Besonnenheit, aber auch Entschiedenheit und Vorsicht!"

---

Von einem Obsiegen der preußischen Staatsgewalt über Rom scheint zur Stunde nicht mehr die Rede zu sein, um so mehr von einer schweren kirchenpolitischen Krisis. Sehr bemerkt wird eine Audienz des Herrn v. Goßler beim Kronprinzen, die von ungewöhnlich langer Dauer war und die durch den Empfang, mit welchem das kronprinzliche Paar am Dienstag Abend den Cardinal Hohenlohe beehrte, noch ein besonderes Relief enthält. Daß die kirchenpolitischen Verhandlungen sich wieder einmal zu einer Entscheidung zuspitzen, ist eine Thatsache, die nicht mehr geleugnet zu werden braucht; selbst von den Eingeweihten hat Niemand mehr ein Interesse daran, sie in Abrede zu stellen. Man mag sich darüber entrüsten oder es mit nothgedrungener Ruhe hinnehmen, jedenfalls liegen gegenwärtig die Dinge so, daß über den Gang der inneren deutschen Politik der nächsten Zukunft jetzt in Rom entschieden werden soll und daß diese Politik so lange vertagt bleibt, als jene Entscheidung nicht erfolgt ist. Wenn freilich von päpstlichen Zumuthungen so dreister Art gesprochen wird wie beispielsweise, daß die deutsche Regierung nur um den Preis der Wiederherstellung des römischen Territorialbesitzes den Frieden erkaufen könne, so liegt darin ein Exceß des Scharfsinnes, welcher der politischen Einsicht Derer, welche diese Gerüchte in Umgang setzen, nicht viel Ehre macht. So geistesblass ist die Curie entschieden doch wohl nicht, daß sie heute Forderungen stellen sollte, die weder Fürst Bismarck noch irgend ein anderer deutscher Staatsmann, und wäre es selbst ein Klerikaler, durchführen könnte, ohne einen Weltbrand zu entzünden. Mögen immerhin die Zeichen der Zeit andere geworden sein, so ist es doch nicht allzu lange her, seit der deutsche Reichskanzler von der italienischen Regierung die strengere Handhabung des „Garantiegesetzes", das will sagen ihrer Herrscherrechte über den Papst, verlangte, denselben Papst, der jetzt angeblich durch das neue protestantische Kaiserthum wiederum zum alleinigen Herrscher im Gebiete der Stadt Rom erhoben werden soll. Die deutschen Ultramontanen haben freilich kein Interesse daran, jenen aufregenden Nachrichten entgegen zu treten, da ihnen ein friedliebendes Oberhaupt der Kirche nicht entfernt so erwünscht ist wie ein solches, welches möglichst große und verblüffende Forderungen stellt. Dennoch gilt an bestunterrichteten Stellen als das hervorstechendste Moment der Lage die Versöhnlichkeit und Mäßigung der Curie, die sich, so wird angedeutet, nicht blos in dem alsbald zu erwartenden Verzicht des Erzbischofs von Köln auf seinen Sitz zeigen werde, sondern auch in weiteren Maßnahmen sehr entgegenkommenden Charakters zu erproben sein dürfte. Ob man dabei an eine stillschweigende Beiseiteschiebung des Cardinals Ledochowski oder an einen Act besonderer Freundlichkeit bei der Breslauer Bischofswahl zu denken hat, darüber werden vermuthlich schon die nächsten Tage Aufklärungen bringen. Das Domcapitel zu Breslau hat bereits seine Candidatenliste für den erledigten Bischofsstuhl entworfen und reicht sie alsbald der Regierung ein. Enthält diese Liste auch den Namen des Cardinals Hohenlohe, so würden damit, wie es scheint, die Friedensaussichten ganz erheblich gestiegen sein. Nur schade, daß vielen Leuten im Reiche dieser „Friede" als ein fauler erscheinen würde.

Für die am Donnerstag beginnende erste Berathung des Reichshaushalts sind drei Tage in Aussicht genommen; die Debatte wird sich voraussichtlich über das ganze weite Gebiet unserer inneren Politik erstrecken; die Anwesenheit des Reichskanzlers und sein Eingreifen in die Verhandlung wird mit Bestimmtheit erwartet. Man wird wohl annehmen dürfen, daß auch der gegenwärtige Stand der kirchenpolitischen Frage nicht unberührt bleibt; der Etat des Auswärtigen Amtes dürfte zur Hereinziehung dieser Frage einen geeigneten Anlaß bieten. Bezüglich der weiteren geschäftlichen Behandlung des Etats werden die auch früher üblichen Anordnungen getroffen, gewisse herkömmliche Partien in die Budgetcommission verwiesen, der größere Theil auch in zweiter Lesung im Plenum verhandelt werden. In vierzehn Tagen kann die Budgetberathung vollendet werden und, falls nicht neue große Vorlagen eingehen, stände Nichts im Wege, die Reichstagssession an Weihnachten zu schließen bezw. zu vertagen.

Bei seiner Verhandlung über die Besetzung der Commissionen hat der Seniorenconvent des Reichstags die einzelnen Fractionen verhältniß wie folgt festgesetzt (unter Berücksichtigung der Doppel- und Neuwahlen): Centrum 110, Fortschritt 60, Deutsch-Conservative 50, Liberale Vereinigung 48, National-Liberale 45, Reichspartei 27, Volkspartei 7. Wenn man nun weiter die Polen mit 18, die Elsässer mit 15 und die Socialdemokraten mit 13 Mitgliedern abzählt, so bleiben 4 „Wilde".

Die „Prov.-Corr." bemerkt über die Präsidentenwahl: „Die relative Mehrheit der Gewählten betrug bis 60 Stimmen, die absolute Mehrheit (die Mehrheit über die Hälfte der Stimmenden) etwa 25 Stimmen, und zwar in einem Hause, in dem etwa 50 Abgeordnete fehlten. Man sagt: bei sachlichen Abstimmungen würden leicht 25 Stimmen abfallen; das ist leicht möglich, immerhin bliebe nach obigem Stimmverhältniß noch eine, wenn auch geringe, Mehrheit der Conservativen, des Centrums und ihres Anhanges bestehen, wogegen zunächst Das erwiesen zu sein scheint, daß die ganze liberale Partei mit allen ihren Anhängseln es (bei etwa 350 Anwesenden) noch nicht auf 150 Stimmen zu bringen vermochte und daß eine Vermehrung dieser Stimmen höchstens zur Vereitelung zu erwarten ist. Insofern ist diese erste Abstimmung auch für die Regierung lehrreich und dürfte für